8A6LniQo

Björn Höcke
Jetzt droht ihm doch der Rauswurf
SEITE 10

politik

ABENDZEITUNG DIENSTAG, 14. 2. 2017 / NR. 37/7
TELEFON 089.2377-3100
E-MAIL POLITIK@AZ-MUENCHEN.DE

Ein Linker und ein Gentlemen

Sie sind oft zu sehen im Fernsehen, aber fast immer allein. Selten besuchen Oskar Lafontaine (73) und seine Frau Sahra Wagenknecht (47) gemeinsam eine Talk-Show. Umso mehr freuten sich die Berlinale-Besucher, als das Linken-Promi-Pärchen im Friedrichstadt-Palast bei der Premiere von „Der junge Karl Marx“ gemeinsam auf dem roten Teppich erschien. Allerdings sei die Frage gestattet: Wenn nicht bei diesem Film, bei welchem dann?

Lafontaine zeigte, dass man auch als Sozialist durchaus gute Manieren besitzen kann. Er half seiner Gemahlin – gekleidet in ein schickes graues Kostüm – formvollendet aus dem schwarzen Mantel. Dass der mitunter so strengen Sahra Wagenknecht die Geste gefallen hat, verrät ihr glückliches Lächeln. Vielleicht ist ja die vierte Ehefrau für den saarländischen Politiker endlich die richtige? Fortsetzung folgt eventuell.

Fotos: imago, Daniel Hinz/API

So schmutzig wird der Wahlkampf

Obwohl der offizielle Beginn noch Monate entfernt ist, liegen sich Union und SPD bereits in den Haaren. Es geht um Papiere mit Vorwürfen gegen Kandidat Schulz

Die Stimmen werden noch ausgezählt, da ziehen sich drei Hauptdarsteller erstmals in dieser Zusammensetzung in einen Nebenraum zurück. Angela Merkel, Horst Seehofer und Martin Schulz müssen reden. Nach gut 20 Minuten ist die informelle Runde der zwei amtierenden Parteichefs von CDU und CSU sowie dem kommenden SPD-Vorsitzenden beendet.

Schulz soll zwar erst Mitte März zum Chef der Sozialdemokraten gewählt werden, wird aber schon wie ein solcher behandelt. Was Merkel, Seehofer und Schulz besprochen haben, wird nicht bekanntgegeben. Sie schweigen. Denn längst wird mit harten Bandagen gekämpft.

Seitdem die SPD Schulz zum Kanzlerkandidaten ausgerufen und dieser seine Partei binnen zwei Wochen in den Umfragen auf über 30 Prozent katapultiert hat, formiert sich die Union. Steinmeiers Wahl zum Präsidenten war noch eingepreist als letzter Kraftakt der Großen Koalition. Aber ab jetzt wird gegeneinander gekämpft. Da spielt es auch keine Rolle, dass der Wahlkampf offiziell erst acht Wochen vor der Wahl beginnen soll – also am 24. Juli.

Polit-Plausch unter sechs Augen (v. l.): CSU-Chef Horst Seehofer, Kanzlerin Angela Merkel und SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz. Foto: dpa

Die Wahrheit sieht anders aus: Der Wahlkampf hat längst begonnen. Bestes Beispiel dafür sind die sogenannten „Anti-Schulz-Papiere“ der Union mit teils persönlichen Vorwürfen gegen Schulz. Sie haben bei den Sozialdemokraten Empörung ausgelöst. In einem der Dokumente, über das mehrere Medien berichten, wird vor allem dessen Amtsführung als Präsident des Europaparlaments kritisiert. Da stellt sich die Frage: Wie schmutzig wird der Wahlkampf? Bekommen wir gar amerikanische Verhältnisse in diesem Jahr?

„Nein, das ist viel zu weit gegriffen“, sagt der Münchner Politikwissenschaftler Professor Werner Weidenfeld (LMU). „In Amerika gibt es das Dirty Campaigning *(Schlechtmachen des politischen Gegners, d. Red.)*, bei dem ganze Berufsgruppen vom Sammeln belastenden Materials leben. Wenn man sich erinnert: Donald Trump hatte sogar versprochen, Hillary Clinton ins Gefängnis zu bringen. Von solch demagogischer Rhetorik sind wir noch ein ganzes Stück entfernt. In Europa, in Deutschland herrscht diesbezüglich ein höheres Niveau von Anstand.“

Weidenfeld rechnet jedoch auch damit, dass es in den nächsten Monaten „Versuchsballons“ in Sachen Dirty Campaigning aus allen politischen Richtungen geben dürfte. „Persönlich glaube ich, dass die Leute diese Taktik als unanständig empfinden und die Parteien wieder Abstand davon nehmen werden.“ Allerdings, so schränkt Politikwissenschaftler Weidenfeld ein, in sieben bis acht Jahren könne es hierzulande anders laufen. „Die Geschichte zeigt, dass es so lange braucht, bis politische Trends aus Amerika übernommen werden. So war es zum Beispiel auch beim Canvassing *(Tür-zu-Tür-Wahlkampf, d. Red.)*, das in Teilen hierzulande praktiziert wird.“

Unterdessen sieht sich die Union genötigt, zu beteuern, dass man keinesfalls eine Schmutzkampagne gegen den Kandidaten Schulz führe. „Welche Schmutzkampagne gegen Schulz? Wahrheit kann weh tun“, sagte CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer gestern. „Die SPD sollte nicht den Wehleidigen spielen, wenn berechtigte Kritik geäußert wird.“ Die SPD wolle „einen Maulkorb für Schulz-Kritiker“.

Scheuers CDU-Pendant Peter Tauber erklärte: „Wir werden den Kandidaten Schulz nicht als Person angreifen.“ Wer über das Ziel hinausschieße, müsse sich entschuldigen. Er bezeichnete es aber als „natürlich zulässig“, dass Finanzminister Wolfgang Schäuble Schulz mit Donald Trump verglichen hat. Es gebe Parallelen zu dessen Wahlkampf, sagte Tauber.

Auch Merkel werde sich noch direkt mit diesem auseinandersetzen. Als neuer SPD-Chef werde Schulz auch noch mittragen müssen, was die Koalition in dieser Wahlperiode beschließe. „Er ist dann mit verantwortlich.“ ***hag***

UMFRAGE

Nicht-Wähler verantwortlich für das Hoch der SPD

Nicht-Wähler, die zurück an die Wahlurne kommen, könnten zur entscheidenden Größe bei der Bundestagswahl am 24. September werden. Darauf deutet eine INSA-Umfrage für die „Bild“-Zeitung hin. Demnach war jeder fünfte aktuelle SPD-Unterstützer 2013 noch Nicht-Wähler, aber nur jeder zehnte aktuelle Unionswähler ging 2013 nicht zur Wahl. Erhielt die AfD bei den Landtagswahlen im vergangenen Jahr noch den größten Zulauf aus dem Lager der Nicht-Wähler, so ging deren Anteil bei den aktuellen AfD-Unterstützern in den vergangenen 14 Tagen um etwa 40 Prozent zurück.

Der Anteil der Nichtwähler von 2013, die aktuell für die CDU/CSU stimmen wollen, ist in den vergangenen 14 Tagen um 30 Prozent gesunken. Dagegen stieg der Anteil der Nichtwähler von 2013, die aktuell für die SPD stimmen wollen, in den vergangenen zwei Wochen um etwa 70 Prozent.

Seitdem die SPD Martin Schulz als Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl ausgerufen hat, gehen die Umfragewerte steil nach oben. Die Partei konnte sich binnen kurzer Zeit auf mehr als 30 Prozent verbessern und fast mit der CDU gleichziehen.

SPD möchte Parteitag verschieben

Die SPD will auf Wunsch des Kanzlerkandidaten Martin Schulz ihr Wahlprogramm später als geplant verabschieden. Ursprünglich sollte das am 29. Mai bei einem Parteitag in Berlin passieren.

Nun bat Schulz gestern im Parteivorstand überraschend darum, den Parteitag um einige Wochen zu verschieben. Das erfuhr die Deutsche Presse-Agentur aus SPD-Kreisen. Das Regierungsprogramm soll aber auf jeden Fall vor der Ende Juni beginnenden Sommerpause des Parlaments unter Dach und Fach sein.

Derzeit liegen Entwürfe von sieben Arbeitsgruppen vor. Kanzlerkandidat Schulz, der am 19. März zum Parteivorsitzenden gewählt werden soll, will nun nach eigener Aussage in Ruhe seine eigene Handschrift bei den Programmschwerpunkten setzen. Die Union wirft ihm vor, sich vor Inhalten zu drücken. Seit die SPD Schulz als Spitzenkandidat ausgerufen hat, ist die Partei in den Umfragen auf über 30 Prozent gestiegen und liegt in Reichweite der Union *(siehe roter Kasten).*